

## **11. Februar 2008, von Michael Schöfer Schnapsidee**

Der Vorschlag des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, in Deutschland Schulen und Universitäten zu gründen, in denen in türkischer Sprache unterrichtet wird, dient keineswegs der Integration, wie Erdogan fälschlicherweise behauptet. Vielmehr ist die möglichst perfekte Beherrschung der deutschen Sprache die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche gesellschaftliche Eingliederung. Das zeigen die Erfahrungen der klassischen Einwanderungsländer. Türkische Schulen und Universitäten würden jedoch die häufig mangelhaften Sprachkenntnisse der türkischen Migranten konservieren oder sogar noch weiter verschlimmern. Das Resultat wäre die Zementierung der Parallelgesellschaft. Damit wäre niemandem gedient - schon gar nicht den Türken selbst.

"Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit", betonte Erdogan weiter. Richtig ist freilich das Gegenteil: Die Segregation (der Vorgang der Entmischung) ist menschenverachtend und überdies für alle Beteiligten gefährlich, weil sich dadurch die gesellschaftlichen Spannungen verschärfen. Die Segregation bewahrt nämlich Vorurteile und fördert die Diskriminierung. Erdogans Vorschlag mag zwar gut gemeint gewesen sein, wirkt aber in der Praxis absolut kontraproduktiv. Die deutschen Versäumnisse bei der Integration der ehemaligen "Gastarbeiter" müssen zweifellos behoben werden, aber nicht auf diese Weise. Von der Lebenslüge, Deutschland sei kein Einwanderungsland und die Einwanderer würden bald wieder in ihre Ursprungsländer zurückkehren, haben wir uns inzwischen zum Glück verabschiedet. Diese mühsam erarbeitete Einsicht durch eine neue Lebenslüge abzulösen, wäre indes wenig hilfreich.

Gut gemeint hat es wohl auch der Erzbischof von Canterbury, als er die teilweise Übernahme des islamischen Rechts in Großbritannien befürwortete. Doch der Vorschlag von Rowan Williams, dem geistlichen Oberhaupt der englischen Staatskirche, ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Schnapsidee. Es kann nicht darum gehen, die Scharia anzuerkennen, sondern die Säkularisierung (Trennung von Kirche und Staat) zu bewahren respektive zu vertiefen. Die gemeinsame Klammer, die die abendländische Gesellschaft zusammenhält, sind die weltlichen Gesetze. Letztere sollen die Demokratie bewahren und die Beachtung der Menschenrechte garantieren. Religion, ob christlich oder islamisch ist in diesem Zusammenhang vollkommen irrelevant, gehört ausschließlich in den Bereich des Privaten. Genaugenommen ist unter diesem Gesichtspunkt sogar die englische Staatskirche ein Anachronismus. Religion ist also reine Privatsache und darf die staatlichen Regeln in keinsten Weise beeinflussen. Das Einzige, was der Staat zu gewährleisten hat, ist die Religionsfreiheit (deren Ausübung wiederum unter strikter Beachtung der weltlichen Gesetze zu erfolgen hat).

Religiöse Richtlinien taugen nicht als Handlungsanleitung für ein modernes Staatswesen, das lehrt uns schon ein Blick in die Geschichte. Die historischen Erfahrungen belegen klar und deutlich, dass es am besten ist, wenn sich der Staat in puncto Religion völlig neutral verhält. Dort, wo es anders ist, herrscht meist gesellschaftliche Stagnation und Abwesenheit von Demokratie. Folglich kann es auch keine partielle Anerkennung religiösen Rechts geben. Zudem ist der Islam derzeit einer Phase extremer Politisierung unterworfen, die ihm nicht gerade zum Vorteil gereicht. Es geht hier gar nicht darum, den Islam mit Terrorismus gleichzusetzen. Doch äußert er sich dort, wo er dominiert, überwiegend intolerant. Und der Intoleranz den kleinen Finger reichen, endet oft mit dem Totalverlust der Freiheit. Nein, auch Muslime haben unsere weltlichen Gesetze anzuerkennen und zu beachten, genauso wie wir das von allen anderen verlangen.

---

© Michael Schöfer, Kleinfeldstr. 27, 68165 Mannheim  
URL des Artikels: [www.michael-schoefer.de/artikel/ms0520.html](http://www.michael-schoefer.de/artikel/ms0520.html)